

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugpreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 232 B

BERLIN • Sonntag, den 2. Oktober 1932.

1. JAHRGANG

Wir wollen die Einheitsfront!

AUS DEM INHALT:

Das Dogma von der Souveränität.
Wüten der Nazis in Wien.
Wovon Arbeiterkinder nur noch träumen.
Neues aus der Naturwissenschaft.
Seh'n Sie das ist ein Geschäft!
Nationalsozialismus für Landarbeiter
Deutsche Agrarpolitik gegen die Bauern.

E. K. Niemand, der die Fortschritte der Papen-Reaktion verfolgt, kann sich der Erkenntnis der Tatsache verschließen, daß die Arbeiterschaft vor dem Nichts steht, wenn sie nicht energisch an die Verwirklichung der Einheitsfront geht. Die Forderung der Einheitsfront lebt denn auch in allen Herzen und Mäulern. Wie sehr sie aber oft nur ausgenutzt wird, um parteipolitische Manöver zu verdecken, beweist die folgende Schilderung:

Die „SPD-Erwerbslosengemeinschaften Hamburg“ hatten die Erwerbslosen zu zwei öffentlichen Versammlungen aufgerufen. Thema: „Einheitsfront? Jawohl! In der Sozialistischen Aktion!“ In Flugblättern schrieb die SPD:

„Wir wollen die Einheitsfront! Hier mit der Einheitsfront der Arbeiter, koste es was es wolle! Die Einheitsfront muß geschlossen werden, um in letzter Stunde den Papen-Baronen das „Halt, bis hierher und nicht weiter!“ entgegenzuschleudern.“

Wir wollen die Einheitsfront! Wir wollen vor dem Proletariat und der Geschichte nicht schuldig sein am Verrat der heiligsten Interessen der Arbeiter. Wir reichen jedem, der ehrlich die Einheitsfront will, die Hand. — Was war, sei vergessen. Wenn die Einheitsfront leben soll, muß die Vergangenheit sterben.“

„Alle Klassenossen, die es ehrlich mit der Schaffung einer Einheitsfront meinen, erwarten wir in diesen Versammlungen!“

In Scharen waren die Erwerbslosen erschienen. Schon lange vor Beginn waren die Versammlungen überfüllt. Man hatte das Gefühl, hier ein wahres Beispiel für die ehrliche Einheitsfront zu erleben. Klassengenossen mit dem Abzeichen der faschistischen Aktion und solche mit dem Abzeichen der Eisernen Front saßen und standen nebeneinander. Unter ihnen waren auch Genossen, die zur Demonstration der wirklichen Einheitsfront beide Abzeichen trugen.

Wie wird die Versammlung auslaufen? Für oder gegen die Einheitsfront? Das war die bange Frage, die vielen am Herzen lag. Die Versammlung entschied sich gegen die Einheitsfront! Beide Versammlungen boten das traurige Schauspiel des Bruderkampfes und der Verhetzung der Klassengenossen.

Der sozialdemokratische Redner Willi Buch, Braunschweig (ehemaliger kommunistischer Funktionär), führte aus: „Die Sozialdemokratie wird auch diesen Wahlkampf (6. November) wieder allein führen müssen gegen drei Fronten: gegen das Papen-Kabinet, gegen die Nazis und gegen die Verräterrolle der KPD.“ Er kramte alle „Schandtat“ der KPD von 1919 bis jetzt hervor und sprach von der „Verlogenheit der kommunistischen Parolen“ von 1923 bis heute.

Diese provozierenden Worte ließen die kommunistischen Versammlungs-Besucher nicht ruhig über sich ergehen. Es hagelte Zwischenrufe, die von der anderen Seite wiederum beantwortet wurden.

Als auch der zweite sozialdemokratische Redner davon sprach, daß der Arbeiterklasse durch die „Schuld der KPD“ die „Macht stückweise entrissen worden ist“, war die Stimmung für eine Einheitsfront dahin. Man pöbelte nur noch. Ein parteiloser Arbeiter zeigte mir das Flugblatt der SPD und sagte: „Auf diesen Ruf hin bin ich erschienen. Ich dachte, man würde hier zur Einheitsfront sprechen, statt dessen kramen sie (SPD-Redner) alles Vergangene wieder hervor. Wo bleibt da das Versprechen: Was war, sei vergessen!“ Er rief in den Saal:

„Ihr sollt doch zur Einheitsfront sprechen!“

Zur Diskussion meldete sich ein Vertreter der KPD. Er verfiel in denselben Fehler wie die SPD-Redner. Als er ausrief: „Nach wie vor gilt unser Kampf den verräterischen Führern der Sozialdemokratie!“ wurde er von den sozialdemokratischen Versammlungs-Besuchern niedergeschrien. Die Versammlungs-Leitung entzog ihm das Wort. Daraufhin Jöhlen und Pfeifen von den Kommunisten. Reichsbanner-Rollkommandos mit abgeschnallten Koppelhaltern stürmten auf die Kommunisten los. Es kam beinahe zu einer Schlägerei.

Durcheinander bei den Unternehmern.

Einstweilige Verfügung aufgehoben. Einige Unternehmer geben nach.

Die Gewerkschaften haben mit ihrem Einspruch gegen die vom Amtsgericht Weißenfels erlassene einstweilige Verfügung Erfolg gehabt. Am Freitagabend hob das Landgericht nach sechsstündiger Verhandlung die Verfügung aus formalen Gründen wieder auf. Der Zweigverband Weißenfels im Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie war zu seinem Vorgehen nicht legitimiert, weil er selber gar nicht Tarifkontrahent ist. Die Gewerkschaften haben damit wieder freie Hand zur Fortführung ihres Kampfes.

Inzwischen hat eins der bestreikten Unternehmen die Lohnabbauforderung zurückgezogen.

Dies und ein anderes Unternehmen, das den Lohnabbau von vornherein nicht mitgemacht hat, beteiligen sich auch nicht an der angekündigten Gesamtaussperrung der Schuhmacher in Weißenfels. Damit ist

die Front der Unternehmer zersplittert und geschwächt, sodaß mit einem Erfolg der Streikbewegung gerechnet werden kann.

Fristlose Kündigung im Alexanderwerk.

Das Alexanderwerk in Romscheid hat seine streikende Belegschaft mit dem Lohnabbau durch eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 52 Stunden auszusöhnen versucht. Dabei wäre aber immer noch ein Verdienstausschlag von acht Prozent verblieben. Die Belegschaft hat solche Zumutungen abgelehnt und streikt weiter. Die Werkleitung des Alexanderwerks hat jetzt versucht, einen Druck auf die Arbeiter durch die Aussprechung der fristlosen Kündigung der Gesamtbelegschaft auszuüben. Aber auch dies Manöver hat auf die Arbeiter keinen sonderlichen Eindruck gemacht.

Die Streikfront wächst!

Die Belegschaft der Schuhfabrik Stern & Co. in Gladbach-Rheidt (180 Arbeiter) ist in den Streik getreten.

Bei der Spinnerei Hermann Baldus in Friedrichstal bei Gummersbach ist die 500 Mann starke Belegschaft in den Streik getreten.

Bei der Hamburger Hochbahn wurde mit 4000 gegen 200 Stimmen der sofortige Streikbeschluß für den 1. Oktober, morgens 5 Uhr, beschlossen. Von dem Streikbeschluß werden auch die Straßenbahnen, der Autobusverkehr und die Alsterschiffahrt betroffen.

In Bochum streikt die Hälfte der Belegschaft der Firma Stern & Löwenstein. Weitere Streiks finden statt bei Kupp-

persbusch in Velbert, Papierfabrik Fuchs in Hamburg, Kabelwerk Wilhelminenhof, E. Stein in Potsdam.

Die Möbeltransportarbeiter in Berlin sind am Morgen des 1. Oktober in den Streik getreten.

Das Personal der bekannten Firma Kempinski in Berlin hat mit erdrückender Mehrheit beschlossen, am Sonnabend mittag in den Streik zu treten, um eine Herabsetzung der Arbeitszeit abzuwehren. An der Bewegung sind etwa 2500 Gastwirtsgehilfen beteiligt.

Seeleutestreik vermieden.

Die Tarifverhandlungen in der Seeschiffahrt haben am Freitag mit einer Vereinbarung geendet, nach der die bestehenden Mantel- und Steuertarife nebst Zusatzverträgen in Geltung bleiben. Sie können mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. November 1932 gekündigt werden.

Verkehrsstreik in Hamburg.

Der durch den Beschluß der Hamburger Verkehrsarbeiter herbeigeführte Streik hat am Sonnabend früh in aller Schärfe eingesetzt. Da der nächtliche Streikbeschluß noch nicht bekannt geworden war, fanden sich an den Haltestellen immer wieder neue Gruppen ein, um das gewohnte Verkehrsmittel zu benutzen. Die unablässig hin und her fahrenden Kraftdroschken und die Unmenge von Fahrrädern gaben dem Straßenbild ein ungewohntes Gepräge. Auch Autobusse für Rund- und Gesellschaftsfahrten sowie viele Privatfahrzeuge stellten sich in den Dienst der Personenbeförderung. Der Streik entwickelte sich in knapp acht Stunden mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Um 18 Uhr war die Ab-

stimmung der Belegschaften beendet. Um 21 Uhr versuchte der Schlichter einen Vergleich anzubahnen, der nach einer Rücksprache mit den Vertrauensleuten um 23 Uhr völlig gescheitert war, so daß man um 24 Uhr vor der vollendeten Tatsache des Streiks stand. Im Nu waren Streikposten organisiert; man richtete einen Kurierdienst und eine Streikzentrale ein. Gegen 4 Uhr morgens war alles bereit, um Streikbrecher abzuwehren.

Vorläufig liegt der gesamte öffentliche Verkehr in Hamburg still. In einem Bereich, der mit den Vororten und Altona über zwei Millionen Menschen umfaßt, fährt keine Hoch- und keine Straßenbahn, kein Autobus und nicht einmal ein kleiner Alsterdampfer.

Unter dem Gesang der „Internationale“ verließen die Kommunisten den Saal, während die Sozialdemokraten gleichzeitig „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ sangen.

Als die Kommunisten draußen waren, wurde die Versammlung weitergeführt. Einem ISK-Genossen wurde nicht das Wort erteilt. Grund? Der Versammlungsleiter sagte: „Ich stelle nochmals den alten Standpunkt fest, daß wir Sekteten und Spalter in unseren Versammlungen nicht reden lassen!“

Während der SPD-Redner das Schlußwort hielt und auf die Kommunisten schimpfte, wurden diese draußen von der Polizei mit dem Gummiknüppel auseinander gejagt.

So verlief die eine Versammlung. Die andere im Gewerkschaftshaus wurde mit demselben Ergebnis beendet. Dort wurde überhaupt keine Diskussion zugelassen. Vor dem Gewerkschaftshaus hatten sich dann Kommunisten und Reichsbanner-Leute geschlagen.

Nach Schluß der Versammlung unterhielten sich draußen auf der Straße einige ältere SPD-Arbeiter: „Mit denen (den Kommunisten) haben wir aber abgerechnet!“ „Die sollen unsere Führer noch mal beschimpfen. Wir jagen sie zum Teufel!“ „Mit solchen Brüdern machen wir keine Einheitsfront!“ Als sie mich mit meinen beiden Abzeichen der Anti-

faschistischen Aktion und der Eisernen Front erblickten, schrien sie: „Das ist auch einer, der nicht weiß, was er will. Einheitsfront ist nur die Eiserner Front!“

Wundert sich noch irgend jemand, daß die Papen-Clique mit der Arbeiterschaft macht, was sie will?

Wenn nicht geradezu ungeheuerliche Anstrengungen gemacht werden von all denen, die wissen, daß die Rettung der Arbeiterschaft nur von der Überwindung ihres katastrophalen Veretzungsstandes ausgehen kann, dann ist auch der Rest der deutschen Arbeiterbewegung binnen kurzem völlig ruiniert, dann haben alle ihre Kämpfer umsonst gearbeitet.

Daß man bei keiner der sich anbietenden „einigen Einheitsfronten“ gut aufgehoben ist, zeigt gerade die Tatsache, daß sie beide blind (oder böswillig?) vorbeilaufen an dem, was heute nötig ist. Blinde und Verbrecher aber sind ungeeignete Führer in dem erbitterten Kampf, den es jetzt zu führen gilt.



Das Dogma von der „Souveränität“.

Herr von Neurath enthüllt seine Pläne.

S. H. Gleich nach seiner Rückkehr aus Genf hat Neurath zunächst vor dem deutschen Kabinett und dann vor Vertretern der deutschen Presse noch einmal seine Haltung in Genf zu rechtfertigen gesucht. Die Regierung hat ihm — wie zu erwarten war — ohne weiteres ihre Billigung ausgesprochen. Wir haben keinen Grund, uns ebenso leicht mit seinen Ausführungen zufriedenzugeben. Der entscheidende Satz in Neuraths Ansprache an die Pressevertreter lautet:

„Mit der einseitigen Diskriminierung Deutschlands muß es nun ein Ende haben. Keine deutsche Regierung kann auf das Recht der Wehrfreiheit und der Sicherheit verzichten. Deutschland wird sich an den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage solange nicht beteiligen, bis Sicherungen dafür geschaffen sind, daß die Gleichberechtigung Deutschlands von keiner Seite mehr in Zweifel gezogen werden kann und daß das allgemeine Abrüstungsabkommen für die anderen die gleichen Verpflichtungen enthält, wie für uns. Deutschland ist jederzeit bereit, über die Einzelheiten zu sprechen, Voraussetzung aber ist die Anerkennung der Gleichberechtigung und die Aufhebung der Diskriminierung.“

Gegenüber Neuraths Verteidigungsversuchen, die er zur Zeit der Genfer Tagung in Zeitschriften niederlegte, hat diese Argumentation den Vorzug größerer Deutlichkeit. Er bleibt hier nicht wie dort bei dem formalen Gesichtspunkt: „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Beteiligten“ stehen, sondern nennt das angebl. Recht, hinsichtlich dessen er für Deutschland die gleiche Behandlung beansprucht:

„Das Recht der Wehrfreiheit und der Sicherheit“.

Das erleichtert uns die Erwidrerung: Ein solches Recht gibt es nicht und kann es nicht geben: schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil die beiden Ansprüche, die hier erhoben werden, einander ausschließen, sobald man sie — der Förderung der Gleichheit entsprechend — nicht zubilligt.

Niemand ist sicher, wenn jedem das Recht zusteht, sich beliebig zu bewaffnen.

Es ist wohl kaum zufällig, daß Neurath von den beiden widerstreitenden Rechtsansprüchen, mit denen er auftritt, den auf Wehrfreiheit zuerst erwähnt. Das geschieht sicher nicht nur, um die sonst allzu naheliegende Assoziation zu den französischen Sicherheitsforderungen zu unterbinden; sondern in dieser Rangordnung kommt das Vorurteil zum Ausdruck, das für die Aufstellung der deutschen Wehrforderungen letzten Endes entscheidend ist.

das Vorurteil, als sei die unverletzte Souveränität eines Staates die notwendige Bedingung seiner Ehre und Würde.

Die „Souveränität“ eines Staates — sie bedeutet, daß er außer seiner eigenen Regierung keine Instanz anerkennt, der er sich unterwirft, daß er sich keinen anderen Gesetzen beugt, also solchen, die er sich selber freiwillig auferlegt hat, und daß er vor allem selber die Machtmittel in der Hand hat, um niemanden an diese Freiheiten rühren zu lassen.

Es läßt sich hiernach leicht einsehen, daß die Beziehungen zwischen „souveränen“ Staaten nur durch das Faustrecht geregelt werden können, und das die „Ehre“, die von dieser Souveränität abhängt, nichts anderes ist als

die Ehre des Räubers, sich keinem staatlichen Gesetz zu beugen.

Man versucht zwar gern, um das Bekenntnis zu solchen groben und barbarischen Zuständen dadurch herumzukommen, daß man auf die Möglichkeit der Verträge verweist, durch die eine friedliche Regelung der Beziehungen auch zwischen souveränen Staaten möglich sei. Ein bedenklicher Trost: Denn gesichert ist ein solcher Friede nur, wenn die Staaten den Grundsatz der „Heiligkeit der Verträge“ anerkennen, über den sie sich nicht wiederum nur auf dem Weg des Vertrags einigen können!

Was war der Weltkrieg anderes als das vierjährige ungehemmte Wüten souveräner Staaten, die unter souveräner Mißachtung bis dahin anerkannter völkerrechtlicher Grundsätze ihre souverän aufgebaute Kriegsmaschine spielen ließen, mit der Absicht, die dadurch zu gewinnenden Machtpositionen beim Friedensschluß — für den wieder die Form des Vertrages vorgesehen war — in souveräner Ungebundenheit auszunutzen? Kein Wunder, daß bei diesem recht-

losen Aufeinanderprallen die besiegten Staaten sich hinterher durch die Souveränität der andern in ihrer Souveränität beschnitten fühlen.

Der einzige Ausweg aus der Rechtlosigkeit und Unsicherheit, die im Verkehr der Staaten besteht, führt daher über

die völlige und endgültige Preisgabe des Souveränitätsdünkels,

und über den Aufbau einer internationalen Macht, die über die Rechtl. der internationalen Beziehungen wacht.

Hätte Neurath die Drohung, die in seinem Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz lag, an eine solche Parole geknüpft, so wäre sein Schritt berechtigt und wirkungsvoll gewesen und hätte gewiß bei allen den Staaten Unterstützung gefunden, die im Juli gegen die damals von England, Frankreich und den USA ausgeübte souveräne Vergewaltigung der Abrüstungskonferenz protestiert haben.

Aber Neuraths Parole lautet: Wahrung der nationalen Souveränität! und bedeutet insofern eine Steigerung der Hindernisse, die dem Aufbau friedlicher und rechtlich geordneter internationaler Verhältnisse entgegenstehen.

England will vermitteln.

Das englische Kabinett hat sich am Freitag hauptsächlich mit der Frage beschäftigt, wie sich die Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung weiter fortsetzen ließen. Man war sich, wie es heißt, darüber klar, daß die Vermittlerrolle in englischen Händen liegen müsse.

Die amerikanische Delegation hat dem Büro der Abrüstungskonferenz einen Vorschlag vorgelegt, der an den Hoover'schen Abrüstungsvorschlag anknüpft und Gesichtspunkte für eine genauere Ausführung dieses Planes aufstellt.

Herriot wird auch an diesem Sonntag wieder eine politische Rede halten, die aber, wie von französischer Seite betont wird, auf die Abrüstungs- und Sicherheitsfragen nur kurz eingehen wird.

Wüten der Nazis in Wien.

Straßen-, Saal- und Parlamentsschlachten.

Anläßlich des nationalsozialistischen Gauparteitages kam es in Wien zu mehreren Straßen- und etwa drei Saalschlachten. 23 Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus abtransportiert werden mußten. Die Zahl der leichter Verletzten und derer, die schwer verletzt in Privatwagen fortgeschafft worden sind, ist nicht bekannt.

Bei einer Saalschlacht ist das große Versammlungslokal Lembacher vollkommen verwüstet worden; einem Mann sollen die Augen ausgestochen worden sein, und ein Polizist erhielt durch Fußtritte eine schwere Magenverletzung. In einer anderen Saalschlacht wurde geschossen, wobei ein SA-Mann einen Kopfschuß erhielt, ein anderer einen Oberschenkelschuß.

Der schwerste Zusammenstoß zwischen NS und Sozialdemokraten war eine Schießerei, die sich in der Nähe des Verbandshauses des SP-Schutzbundes und des Brauen Hauses ereignete. In dem Polizeibericht wird angegeben, die Schutzbündler hätten mit der Schießerei begonnen. Daraufhin sollen mehrere Hundert Nazis herbeigeeilt sein und versucht haben, in das Verbandshaus einzudringen, wobei Schüsse gefallen sind. Die Polizei hat gleich nach dem Vorfall sowohl in dem Verbandshaus als auch im Brauen Haus Haussuchungen vorgenommen, die zu keinem Ergebnis führten. 57 Personen sind

wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und schwerer Körperverletzung zwangsgestellt worden.

Als Protest gegen diese Vorfälle provozierten die Nazis im Wiener Gemeinderat eine Szene, die die Tintenfaß-Schlacht im Preußischen Landtag noch übertrifft und nicht als Beweis dafür dient, daß gerade die Nazis Grund haben, sich über die in Wien stattgefundenen Schießereien zu beklagen. Die NS-Fraktion machte zuerst Anstalten, den Sitzungssaal zu verlassen. Plötzlich gingen einige ihrer Abgeordneten mit Gummiknüppeln und Stahlruten auf die Sozialdemokraten los. Diese erwiderten den Angriff mit Geschossen von Tintenfassern, Puldeckeln, Stuhlbeinen und was sich sonst noch an Waffen in einem Sitzungssaal finden läßt. Mehrere Abgeordnete mußten für den Heimweg Krankenwagen in Anspruch nehmen.

Nach diesem Vorfall beantragten die Christlich-Sozialen, die Verhandlungen des Gemeinderates zu vertagen. Der Antrag wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. Daraufhin verließen die Christlich-Sozialen den Saal, was die Nazis gleich nach der Schließung getan hatten, und die SP war für den Rest der Sitzung unter sich.

Adolf Hitler hat dem Wiener Gauparteitag, durch den diese Szenen heraufbeschworen worden sind, seine herzlichsten Grüße übermittelt.

Die Regierung Blanche hat den Belagerungszustand für ganz Chile erklärt und Kriegsschiffe und Flugzeuge nach dem Norden gesandt.

Völkerbund zur Finanzlage Österreichs.

Noch immer keine Hilfsaktion durchgeführt.

Der ständige Finanzausschuß des Völkerbundes hat dem Völkerbundsrat einen Bericht vorgelegt über die Finanzlage Österreichs und die Verhandlungen mit dem österreichischen Finanzminister und dem Direktor der österreichischen Nationalbank: die für diese Besprechungen nach Genf gekommen waren. Der Bericht läuft — unter Anerkennung des Entschlusses der österreichischen Regierung, dem Parlament unter allen Umständen einen ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen — darauf hinaus, daß Österreich zur Wiederaufnahme der Zahlungen für seine Auslandsschulden und zur Überwindung der Transferschwierigkeiten, unbedingt darauf angewiesen sei, nun endlich die längst zugesagte Finanzhilfe zu erhalten. Der Völkerbundsrat wird dringend ersucht, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die geplanten Pläne durchzuführen und die Garantestaaten der österreichischen Anleihe „auf die Bedeutung eines internationalen Zusammenarbeitens für Österreich aufmerksam zu machen“.

Das Europa-Komitee des Völkerbundes ist nach einjähriger Pause am Freitag wieder zusammengetreten, um zu den Ergebnissen von Stresa Stellung zu nehmen. Herriot wurde zum Vorsitzenden der Tagung gewählt.

Die Kämpfe in der Mandschurei.

In dem Gebiet der Mandschurei, in dem die chinesischen Freischärler die mandschurischen Behörden verjagt haben, sind mandschurische Truppen zu den Chinesen übergegangen. Es handelt sich um Soldaten, die gegen ihren General rebelliert haben, weil dieser ihnen den Sold nicht mehr zahlen konnte.

In Hailun soll inzwischen die (mandschurisch diktierte) Ordnung wiederhergestellt worden sein.

Die Armee des General Ma hat einen neuen Angriff auf Tsitsikar unternommen. In den Vororten der Stadt kam es zu schweren Kämpfen.

Rußland erkennt Mandschuko nicht an.

Der japanische Außenminister erklärte dem russischen Botschafter in einer Unterredung, daß die japanische Regierung die Anerkennung des mandschurischen Staates durch die Sowjetregierung begrüßen würde. Der Botschafter erwiderte, daß die Frage der Anerkennung von seiner Regierung in negativem Sinne entschieden worden sei.

Aufstand in Nordchile.

In Antofagasta, im Norden Chiles, hat das Militär, mit Unterstützung der Behörden, eine selbständige Regierung unter Führung des Generals Vignola gebildet. Diese Regierung fordert die sofortige Abdankung des Generals Blanche und — was sämtliche erfolgreichen und erfolglosen Aufstandsbewegungen, die seit geraumer Zeit in Chile stattgefunden haben, forderten — die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung.

In diesem Gefühl des Gekränktheits steigen sie bergab; der Jüngere fällt — ringt mit dem Tode! —, aber der Andere rettet ihn. Ein stundenlanges Gewitter kommt noch dazwischen — schließlich aber landen beide wieder in ihrem Berghotel, das die leichtfüßige Freundin längst mit einem Generaldirektor verlassen hat.

Noch immer sind die Beiden nicht wieder im Lot. Erst als sich herausstellt, daß der Jüngere recht hat mit seiner Vermutung, sie sei wohl mit einem besser „situierten“ Herrn durchgegangen, entschließt sich auch der Andere, sich wieder zu der alten Freundschaft zu bekennen. — Damit die Lebensart des Mädchens nicht zu rosig aussieht, erfährt man noch, daß der Herr Generaldirektor sie mit einem lumpigen Geldschein sitzen gelassen hat.

Der Film ist gut und wird auch gut gespielt. (Busch und Wernicke sind die beiden Freunde, die sich um Trude Berliner bemühen.) Auch das Mädchen in seiner lasterhaften Rolle spielt diese so offen und graziös, daß man ihr ihre moralische Unbeschwertheit fast nachsieht. Willi Eichler.

Wovon Arbeiterkinder heute nur noch träumen.

E. Bl. „Was ich einmal geträumt habe“, sollte unser neuer Schulaufsatz heißen. Einigen paßte das Thema nicht, denn sie hatten noch niemals geträumt. Was sollten wir nun wählen? Wir wurden uns bald einig: Die, die schon einmal etwas geträumt hatten, wollten darüber schreiben, die anderen wollten erzählen, was sie gern träumen möchten.

Ganz selbständig in der Schule schrieb darauf Paul:

„Was ich gerne träumen möchte.

Ich möchte gerne träumen, daß mein Vater recht bald Arbeit kriegt, damit meine Mutter uns zum Winter Schuh und Strümpfe kaufen kann, damit wir in Winter keine nassen Füße kriegen und wir uns nicht erkälten.“

Ähnlich wie er schrieb einer seiner Freunde. Er schloß

dann aber sehr traurig: „Aber immer, wenn ich aufwache, ist alles garnicht wahr, und ich bin dann sehr enttäuscht.“

Der Traum führt nicht aus der bitteren Wirklichkeit heraus! Ebenso eindringlich wie diese kleinen Aufsätze zeigen die Entschuldigungszettel die Not der Arbeiterkinder. Ich habe einige gesammelt und lasse sie folgen.

„Bitte, unseren Walter zu entschuldigen, seine Schuhe sind vollständig hin, ich mag ihn auch so nicht fortschicken.“

„Da meine Tochter Erna diese Tage nicht zur Schule gewesen ist, bitte ich zu entschuldigen, da ich ohne Untersuchung bei der Lungensorgo unternommen habe, auch hatte das Kind keine Schuhe anzuziehen.“

„Leider war ich gezwungen, Elli einige Tage dem Unterricht fernzuhalten, da ihre Schuhe beim Schuhmacher waren und ich nicht eher in der Lage war, dieselben zu bezahlen.“

„Da Gisela ihre Schuhe von der Fürsorge besohlt worden, dauert es so lange und konnte sie ohne Schuh die Schule nicht besuchen.“

„Bitte unseren Walter die zwei Tage zu entschuldigen. Er wollte sich so gern Geld verdienen durch Rübenverziehen.“

„Ich kann Anita keine Hefte kaufen, denn von 19 Mark, was ich die Woche bekomme, reicht noch nicht für den Lebensunterhalt. Ich mit 8 Kindern soll da noch Hefte kaufen.“

„Möchte Sie bitten, unserem Wilhelm ein Schreib-, ein Rechenheft und einen Zeichenblock zu geben. Wir bekommen 0,05 Mark wöchentlich Unterstützung. Somit können Sie sich denken, daß man die Groschen erst ein paar Mal in der Hand runddreht, ehe man sie ausgibt.“

„Eva konnte gestern die Schule nicht besuchen, denn mein Mann war zum Arzt, und ich liege krank, da mußte Eva bei den Kindern bleiben.“

„Ich bitte Sie sehr, haben Sie für Otto für Wochen mal Milchkarten über? Ich kann augenblicklich keine Milch kaufen, Otto ist so blutarm. Ich bitte Sie sehr.“

„Ich könnte gestern Edith nicht zur Schule schicken, da ich kein Stück Brot noch irgend etwas anderes zu Hause hatte. Und mit einem leeren Magen schicke ich meine Kinder niemals aus dem Hause.“

Die Zwei vom Südexpress.

Ein Film: ohne weltbewegende „Spannungen“, aber dafür auch ohne die weder die Welt, noch sonst etwas bewegende Lächerlichkeit und Nichtigkeit vieler anderer Filme.

Ein ordentliches Motiv: Zwei alte Freunde (ein Heizer und ein Lokomotiv-Führer des Südexpress) lernen ein Mädchen kennen und verlieben sich beide in sie. Den Einen, den Jüngeren, zieht sie eigentlich innerlich vor; aber der Ältere ist leichter bei der Hand mit Geschenken. Das gibt den Ausschlag — was zwar menschlich nicht schön, aber sozial verständlich ist, und was im Film auch nicht unnötig forciert wird. Sie möchte am liebsten den Älteren heiraten und mit dem Jüngeren eine Ehe zur linken Hand eingehen.

So weit haben andere Leute auch schon Lust-, Trauer- oder Film-Spiele gemacht. Das Ende dieses Films ist nicht ganz so alltäglich — schon das ganze Spiel überhaupt nicht. Der Jüngere macht nämlich nicht mit, die weil die Treue kein leerer Wahn ist. Aber er predigt dieses Ideal nun nicht etwa in der Art einer Propaganda des Christlichen Vereins Junger Männer oder wie ein wichtigtuerscher Tugendbold. Er empfiehlt der unbekümmerten und lebenslustigen Kleinen, zu „türmen“. Eine anständige und unhygienische Art, „Dreiecke“ wieder zu „Parallelen“ zu machen! Freilich werden dabei die Psycho-Analysiker einen großen Teil ihrer Arbeit — und Kunden — los.

Natürlich darf es im Film nicht so glatt abgehen. Erstens würde dieser viel zu kurz und zweitens viel zu einfach werden. So kommt denn eine Urlaubs-Bergtour der beiden Freunde dazwischen (die uns sehr schöne Berglandschaften vermittelt). Auf dieser Bergwanderung entdeckt der verlobte Freund zufällig einen plausiblen Grund zu der Annahme, daß der andere ihn betrogen habe. In seiner ersten Wut lehnt er jede Annahme einer Erklärung ab.

Die katholische Kirche in Mexiko. Der Papst ist reingefallen.

Der Papst hat ein neues Rundschreiben herausgegeben. Es fängt an mit den Worten: „Acerbo animi“ (deutsch etwa: „mit Bitterkeit im Herzen“) und behandelt die Lage der katholischen Kirche in Mexiko, die in der Tat geeignet ist, den Chef dieser Kirche zu verbittern.

Nach den kurzen deutschen Berichten, die bisher über den Inhalt der am Donnerstag erschienenen Enzyklika herausgekommen sind, ist es die Hauptsorge des Papstes, zu rechtfertigen, daß er im Kampf seiner Gläubigen mit der mexikanischen Regierung den Widerstand der Kirche abgeblasen hat, „um den solange entbehrten Gottesdienst wieder zu ermöglichen“. Das Opfer, das er damit gebracht hat, hat den erhofften Erfolg nicht erzielt: Die Regierung, die angeblich im Falle des Nachgebens versprochen hat, „die Gesetze der Vorfassung in ihrer praktischen Anwendung gegenüber der Kirche zu mildern“, hat sich nach wie vor streng an diese Gesetze gehalten und den Priestern damit das Leben sauer gemacht.

Die päpstliche Denkschrift erteilt zum Schluß dem mexikanischen Klerus und der Geistlichkeit bestimmte Richtlinien, da es bisher verschiedentlich an der Einheitlichkeit des Vorgehens gefehlt habe, und versichert, daß die „erzwungene“ Unterwerfung unter die Gesetze des Staates, (die dem Zweck dient, den Gottesdienst zu retten, und insofern „zweckmäßig“ und nicht erzwungen ist!) weder eine Anerkennung der Gesetze noch auch nur ein formales Zusammenarbeiten mit der Regierung sei.

Mit anderen Worten: Der „Heilige Vater“ ist bei einem Kuhlhandel, und zwar über unzweideutige Gesetze des Staates reingelegt worden.

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!

Für Vaterland und Industrie.

Der Deutsche Luftschutzverband, die famose Instanz, die in Deutschland mit Gas- und Luftschutzübungen, über die wir schon berichteten, ihren Teil zur Vorbereitung eines neuen Krieges beiträgt, wendet sich mit einer Mitteilung an die Presse, in der für feuer- und wasserbeständige Decken unter den Dachstühlen Propaganda gemacht wird. Den Bemühungen des Verbandes ist es bereits gelungen, den Städtebauausschuß von Groß-Berlin zu veranlassen, folgende neue Bestimmung für die Bauordnung der Stadt Berlin vorzuschlagen:

„Die Decken über dem obersten Vollgeschoß müssen bei mehr als zweigeschossigen Wohngebäuden feuerbeständig und wasserundurchlässig hergestellt werden.“

Dazu bemerkt der Verband:

„Die Aufnahme dieser Bestimmung in die Bauordnung würde eine wesentliche Steigerung der Feuersicherheit bedeuten. Sie würde besonders auch vom Gesichtspunkt des zivilen Luftschutzes zu begrüßen sein, da Luftangriffe mit Brandbomben von den Sachverständigen des Deutschen Luftschutzverbandes als die größte Gefahr bezeichnet werden, die unseren Städten in der Zukunft erwachsen können.“

Na, und die Industrie wird die Bestimmung erst begrüßen! Das gibt doch dann ein ganz großes Geschäft. Vielleicht ist das sogar der Hauptgrund für die emsige Tätigkeit des Deutschen Luftschutzverbandes. Wer bezahlt übrigens dessen Tätigkeit und öffentliche Propagandaaktionen, und vor allem seine Vernebelungs-Sitzungen?

Schließlich aber: Woher wissen die Verbandsleute, daß jemand Luftangriffe mit Brandbomben auf das friedliche Deutschland vorhat?

Ein deutsche Luftsportausstellung findet in der Zeit vom 1. bis 23. Oktober in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm in Berlin statt.

Was alles als Ehrung gilt!

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, Ortsgruppe Bremen, glaubte, einer Schriftstellerin, Marie Kahle, eine besondere Ehrung zu erweisen durch Verleihung des U-Deutschland-Kreuzes. Mit diesem Kreuz soll es folgende Bewandnis haben: Es hat die Form eines Eisernen Kreuzes und ist aus dem Eisen hergestellt, das das Handels-U-Boot „U-Deutschland“ auf seiner berühmten Fahrt über den Ozean im Kriegsjahre 1916 als Ballast mitführte. Bemerkenswert ist die Geschichte dieser Kreuze, die nach der ersten Fahrt der Handels-U-Boote in Amerika blieben, und als die Vereinigten Staaten Deutschland den Krieg erklärten, als staatsgefährlich versteckt gehalten wurden. Erst nach dem Kriege brachte sie der U-Boot-Kapitän Paul König nach Deutschland zurück und schenkte sie der Bremer Ortsgruppe des VDA mit Rücksicht auf seine dem Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Deutschen gewidmeten Arbeit.

Daß die, als „volksdeutsche“ Dichterin bezeichnete Schriftstellerin auf diesen — gelinde gesagt — Firlefanz verzichtet hätte, ist uns nicht bekannt geworden!

Der staatliche Hilfsdienst für die Kirche.

Hp. Es besteht keine staatliche Kirche. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängig oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. So will es die deutsche Reichsverfassung.

Tatsächlich sind aber alle Organe der dem Verfassungspapier nach immer noch freiesten Republik in steigendem Maße beflissen, der Kirche Hilfsdienste zu leisten. Die staatlichen Steuerstellen werden ihr zur Verfügung gestellt. Die Finanzbeamten schaffen ihr die Unterlagen für ihre Steuererhebung. Die polizeilichen Meldebehörden und die Standesämter sind eifrig bemüht, im Verkehr mit dem Publikum die Wichtigkeit des Religionsbekenntnisses zu betonen. Bei jeder Anmeldung, bei jedem Wohnungswechsel, bei jedem Umzug wird trotz des entgegenstehenden Verfassungsartikels mit wichtiger Amtsmiene nach dem Religionsbekenntnis gefragt. Das preußische Innenministerium hat im August 1931, als es noch unter dem Regiment des Sozialdemokraten Severing stand, in gehorsamer Anerkennung des Eifers subalterner Instanzen auf die Wichtigkeit der gegenseitigen Benachrichtigung der Amtsgerichte, der polizeilichen Meldeämter und der Vorstände der Religionsgesellschaften hingewiesen. Diese Stellen sollen sich gegenseitig von erfolgten oder bekanntgewordenen Kirchenaustritten, Uebertritten und Rücktritten benachrichtigen.

Jetzt, ungefähr ein Jahr nach den Empfehlungen des tapferen Herrn Severing, greift der kommissarische Verwalter des preußischen Innenministeriums die famosen Gedankengänge seines Amtsvorgängers auf. Anknüpfend an Severings Erlaß ersucht er die Ober- und Regierungspräsidenten und alle Polizeibehörden, bei den anscheinend dauernd stattfindenden Verhandlungen mit den Religionsgesellschaften darauf hinzu-

wirken, daß von diesen auch über Wiedereintritte in die Kirche Mitteilung gemacht wird, und zwar

- a) den Polizeibehörden zur Berichtigung der Melderegister und
b) den zuständigen Amtsgerichten zur Berichtigung der Austrittsakten.

Diesem dunklen Treiben einer um das Wohlwollen der geistigen Vormünder der Menschheit besorgten Bürokratie kann nur durch eine entschlossene Haltung der Bevölkerung gegenüber der Fragerlei nach dem Religionsbekenntnis begegnet werden. Auf diese Frage des Meldebeamten nach dem Religionsbekenntnis sollten alle Arbeiter und alle anständigen Menschen überhaupt mit dem Hinweis auf Artikel 136 der Reichsverfassung jede Auskunft verweigern. Besonders, weil mit dieser Fragerlei nichts weiter bezweckt wird, als eine systematische Einschüchterung des Publikums.

Erleichterung des Kirchenaustritts. Ein fortschrittliches Stadtparlament.

Bodentungsvolle Beschlüsse zur Erleichterung des Kirchenaustritts wurden in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung gefaßt. Kirchenaustritte sollen in Zukunft vor jedem beliebigen Standesamt innerhalb Leipzigs vollzogen werden können; außerdem soll das Standesamt I an einem Wochentag von 17 bis 19 Uhr besonders dafür geöffnet sein. Der Rat der Stadt Leipzig soll in seinen Vierteljahresberichten laufend über den Stand der Kirchenaustritte Aufschluß geben.

Ein weiterer Antrag des kommunistischen Kampfkomitees für Kirchenaustritt, der Rat solle die Kosten der Plakatierung der Kirchenaustrittsbedingungen übernehmen, wurde abgelehnt. L. K.

Neue gerichtliche Verfügung gegen Goebbels. Das Blatt wendet sich.

Auch der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat wie der Scherl-Verlag gegen Herrn Joseph Goebbels und den „Angriff“ eine einstweilige Verfügung beim Landgericht I in Berlin erwirkt, worin untersagt wird (bei Vermeidung einer Geld- oder Haftstrafe) den „Partei-befehl“, soweit hierdurch die deutschen Tageszeitungen betroffen werden, weiter zu verbreiten sowie Erklärungen zu veröffentlichen oder zu verbreiten, welche einen wirtschaftlichen Boykott gegen die deutschen Tageszeitungen, soweit sie nicht als nationalsozialistische Organe anzusprechen sind, enthalten oder boykottähnlichen Charakter tragen.

Ueber die Kostenfrage ist hierbei nichts gesagt. Goebbels wird also wohl auch in diesem Falle noch die Kosten für seine Blamage tragen müssen.

Die Nazi-Pleite wird dementiert.

Die Nazi-Presse teilt mit: „Der sozialdemokratische „Vorwärts“ und mehrere Blätter im Reich veröffentlichen in den letzten Tagen ein Schreiben der „Großdeutschen Handelsgesellschaft m. b. H.“ in Berlin und knüpfen daran Bemerkungen über die angebliche Finanzlage der NSDAP. Dazu ist festzustellen, daß die „Großdeutsche Handelsgesellschaft m. b. H.“ in keiner irgend wie gearteten Beziehung zur NSDAP steht und sie sowohl rechtlich wie tatsächlich ein von der NSDAP wie ihren Untergliederungen völlig getrenntes Privatunternehmen darstellt.“

Da das Hauptgeschäft dieser „rein privaten“ Unternehmung aber der Vertrieb von Uniformen der SA und SS war, bezieht sich die völlige Trennung sicher nur auf formale, äußere Einrichtungen. — Die Hauptsache bleibt also undementiert!

Der Kaiser ging — die Generäle blieben. THEODOR PLIVIER.

Die Feinde des werktätigen Volkes, die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tage ebenso aufrechterhielten, wie sie den Kampf gegen jede Reform der Verfassung, und besonders des schändlichen preußischen Wahlsystems, geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Ueber sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!

Der Prinz von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden. Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit.

Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewußt. Unerhörtes ist geschehen. Große und unübersehbare Arbeit steht uns bevor.

Alles für das Volk, alles durch das Volk. Nichts darf geschehen, was der Arbeiterbewegung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu und pflichtbewußt!

Das Alte und Morsche, die Monarchie, ist zusammengebrochen.

Es lebe das Neue!

Es lebe die deutsche Republik!

Beide Arme ausbreitend endet Scheidemann seine Rede. Einige Augenblicke verharrt er in der ekstatischen Stellung, er spürt den Beifallsturm anschwellen. Dann erst steigt er von der Brüstung herunter.

Nach ihm versucht der bayrische Hauptmann sich:

„Kameraden, Volksgenossen...“ ruft er in den Tumult hinunter. „In Bayern ist auch die Republik eingeführt worden. In München herrscht darüber eitel Freude...“ Weiter bringt er seine Rede nicht.

Die Menge vor dem Gebäude ist begeistert.

Wie ein Ball fliegt die Nachricht von der Ausrufung der Republik unten weiter. Immer andere Inseln in dem Menschenmeer reißen ihre Hüte vom Kopf und brechen in tosenden Beifall aus. Scheidemann hat die Kredite bewilligt. Scheidemann hat den Krieg durchgehalten. Aber zuletzt ruft er die Republik aus: „Hoch Scheidemann! Hoch die Republik!“ Vereinzelte Niederrufe unterstreichen nur den allgemeinen Jubel.

Scheidemann wird im Triumph in das Restaurant zurückbegleitet.

Nur wenige Abgeordnete sind an den Tischen sitzen geblieben. Ebert ist gerade mit seiner Suppe fertig geworden, wischt sich den Bart und sieht den brodelnden, erregt durcheinander redenden Haufen herankommen.

„Scheidemann hat die Republik ausgerufen!“ schreit einer. Ebert wird blaß. Er schiebt den Teller zur Seite, sieht Scheidemann an und schlägt mit der geballten Faust auf den Tisch:

„Ist das wahr?“

„Das ist doch selbstverständlich gewesen!“

„Was... selbstverständlich gewesen?“

Ebert hat sich vor zwei Stunden vom Prinzen Max zum Reichskanzler ernennen lassen. Er hat dabei auf eine ordnungsmäßige Uebergabe der Geschäfte und auf die förmliche Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre des kaiserlichen Kabinetts Wert gelegt. Er hat versprochen, alles zu tun, um die Volkserhebung einzudämmen und in legalen Grenzen zu halten.

Untersetzt und kurzneckig kommt er hinter dem Tisch hervor. Seine Gesichtsfarbe wechselt in bläuliches Rot. In einer dicken Welle steigt ihm das Blut in die Schläfen. Scheidemann prallt zurück vor soviel geballter Wut. Auch die übrigen Zeugen der Szene sind überrumpelt von dem plötzlichen Ausbruch Eberts. Kein Mensch versteht die Ursache. Keiner weiß von den zwischen Ebert und dem Prinzen gepflogenen geheimen Besprechungen, keiner von dem Pakt des sozialdemokratischen Parteiführers mit dem letzten kaiserlichen Kanzler.

Mit Anstrengung findet Ebert Worte, abgerissene Sätze. — die knallt er seinem Parteifreund ins Gesicht wie Ohrfeigen: „Wie kommst du dazu — dazu hast du kein Recht. — die Republik ausrufen, das ist nicht deine Sache — was aus Deutschland wird, Republik oder was sonst, das entscheidet eine Konstituante!“

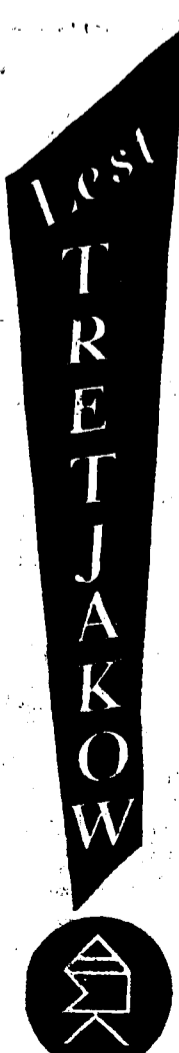
Ebert läßt sich auf keine Erklärungen ein und verschließt sich allen, die ihn nach Gründen für seine Aufregung fragen:

„Ich habe meine Meinung gesagt. Ich will nichts weiter hören. Schluß!“

Verblüfft bleiben seine Genossen stehen. Er stapft schwer durch das Restaurant und schiebt sich draußen durch das Gewirr von Arbeitern an dem Feldlager der Soldaten vorbei. Im Fraktionszimmer holt er Hut und Mantel und läßt sich in die Reichskanzlei fahren.

Und draußen marschieren noch immer die Kolonnen.

Vom Reichstag ziehen sich die Massen bis zum Brandenburger Tor, und vom Brandenburger Tor liegen sie wie ein breiter dunkler Teppich bis zum Kaiserschloß. Und immer mehr Bewaffnete tauchen auf. Mit Maschinengewehren bestückte Lastautos rumpeln auf ihrer Eisenbereifung langsam und schwerfällig übers Pflaster. Von einem Rollwagen herunter werden Flugblätter verteilt, das dritte, das der „Vorwärts“ an diesem Tage ausgegeben hat. Aus einer Droschke spricht der weißhaarige Ledebour. Ecke Wilhelmstraße hält ein kriegsbeschädigter Offizier eine Ansprache und mahnt, ein wachsames Auge auf die Gewehrträger zu haben. Auf den Balkons des „Café Bauer“ hängen ganze Trauben von Menschen. Ein Herr in einer weißen Weste hält eine Rede: „Ruhe und Ordnung sind jetzt genau so notwendig wie das Brot...“ Ein soeben aus dem Osten zugereister Soldat mit verwildertem Bart, mit Tornistor und Gepäckstücken behängt, steht eingekollt in einem Haufen Menschen, die von ihm wissen wollen, was nun werden soll. (Fortsetzung folgt.)



Nationalsozialismus für Landarbeiter.

In der Theorie:

In der parteiamtlichen nationalsozialistischen Schrift Nr. 17 „Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft“ werden für die Landarbeiter folgende Forderungen zusammengestellt:

1. Gerechte und kameradschaftliche Behandlung.
2. Lohn: Den Ertrag von 12 Morgen gutem Boden, 15 Morgen mittlerem Boden oder 19 Morgen leichterem Boden.
3. Wohnung: Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer der Eltern, Schlafzimmer der Kinder, Schlafzimmer für erwachsene Kinder oder Hofgänger, Abstellraum, Speiseraum, drei Kellerräume.
4. Baderaum auf dem Gut.
5. Hausgarten von zwei Morgen.
6. Räume für Bildungs- und Schulungszwecke mit Rundfunkeinrichtung.

Der Deutsche Landarbeiter Verband zahlt demjenigen eine Belohnung, der ihm nationalsozialistische Landwirte nachweist, die in ihren Betrieben für ihre Landarbeiter diese Forderungen verwirklicht haben. Er weist auch Adressen von nationalsozialistischen Landwirten nach, darunter Reichstagsabgeordneten und Landwirtschaftskammerpräsidenten.

In der Praxis:

Die „Metallarbeiter-Jugend“ veröffentlicht folgende Original-Lohntüte vom Artamanengut Alt-Libbehne (Pommern):

Alt-Libbehne, 28. Mai 1932.

Lohn für 36 Stunden	Ueberstunden	7,20 Mark
Abzüge:		
Steuern		— Mark
Krankenversicherung		1,37 Mark
Invalidenversicherung		0,60 Mark
		5,23 Mark
Küchengehalt		2,— Mark
Scharbeitrag		2,50 Mark
Wehrschatz		0,75 Mark
		— 0,02 Mark

Der „Bund der Artamanen“ tritt neuerdings unter dem Namen „Nationalsozialistisch-freiwilliger Arbeitsdienst auf dem Lande“ auf. Die Parteiforderungen sind ihm anscheinend noch nicht bekannt. H. D.

Kündigung von Staatsangestellten aus drei Ministerien.

Vorbereitung der politischen Säuberung.

Den Staatsangestellten in den preußischen Ministerien für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Volkswohlfahrt, die einen längeren Kündigungsschutz genießen, ist zum jeweiligen nächsten Kündigungstermin vorsorglich gekündigt worden. Diese Maßnahme ist im Rahmen der Vorbereitungen für die bereits angekündigte Neuorganisation und Vereinfachung der preußischen Zentralinstanz notwendig geworden.

Wie verlautet, sollen auch einige preußische Ministerien der „Rationalisierung“ zum Opfer fallen; doch weiß man noch nicht recht, ob es mit oder ohne Landtag geschehen soll, und auch nicht, ob man nicht einige der bisher preußischen Aufgaben zu Reichs-Aufgaben machen soll.

Es wird weiter subventioniert.

Die Befreiung von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist für die im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten und deren Arbeitgeber über den 30. September hinaus bis zum 31. März 1933 verlängert worden.

Für und wider die Arbeitsdienstpflicht.

E. Ir. Ueber dieses Thema machte die Jugendliga für Menschenrechte eine Versammlung, auf der ein Vertreter des Stahlhelms für und ein Vertreter der Jugendliga gegen die Arbeitsdienstpflicht sprechen sollte. Da beide nicht erschienen, wurde zunächst über das Kuratorium für Jugendertüchtigung gesprochen.

Danach entwickelte sich eine Aussprache, in der mehr für als gegen den Arbeitsdienst gesprochen wurde:

Zunächst einmal darf man an den Arbeitsdienst — auch an den freiwilligen — nicht so herantreten, daß man die politische, wirtschaftliche und soziale Frage dabei ausschaltet. Jeder, der die demoralisierende Wirkung einer langen Arbeitslosigkeit — besonders unter der Jugend — kennt, wird zugeben, daß es zunächst schon ein Fortschritt ist, wenn die jungen Arbeiter von der Straße fort sind und für einige Wochen einigermaßen essen und wohnen können. Hier aber zeigt sich schon, daß der kurzfristige Arbeitsdienst nur eine Ablenkung ist; denn nach 20 Wochen beginnt das soziale Elend von neuem.

Ferner darf man nicht vergessen, daß durch manche Arbeiten im Arbeitsdienst andere Arbeiter arbeitslos werden; es ist deshalb richtig, daß sich gerade der Bauarbeiter-Verband gegen die Arbeitsdienstpflicht wendet. Jeder Arbeitsdienstpflichtige, der Arbeiten mitmacht, die auf dem Arbeitsmarkt höher bezahlt werden, ist ein erbärmlicher Lohnrücker. Wie weit aber Arbeiten wirklich zusätzliche Arbeiten sind, läßt sich oft nur schwer feststellen.

Von der pädagogischen Seite aus gesehen, spricht manches für den Arbeitsdienst, wenn — vernünftige Leiter vorhanden sind. Daß es diese in manchen Lagern gibt, soll nicht bestritten werden. Da aber weitaus die Mehrzahl der Arbeitsdienstlager vom „Jungdeutschen Orden“, „Stahlhelm“ und ähnlichen Organisationen durchgeführt werden, die der Jugend wieder „Zucht und Ordnung“ beibringen wollen, so wird ein Sozialist in diesen Lagern nicht viel lernen.

Der Hauptgrund gegen die Arbeitsdienstpflicht ist jedoch ein politischer. Die heutigen Machthaber haben als Hauptziel die „Wehrhaftmachung“ des deutschen Volkes vor Augen, und dazu soll auch der Arbeitsdienst helfen mit Erüchtigung der Jugend im Kleinkaliberschießen und sonstigem Wehrsport. Daß die herrschende Klasse die Jugend durch den Arbeitsdienst militarisieren will, das darf man auf keinen Fall vergessen! Gegen diese Kriegsspielerei sollten sich vor allem Sozialisten zur Wehr setzen.

Wenn auch nach den heute noch geltenden Bestimmungen sozialistische Organisationen die Möglichkeit haben, eigene Arbeitsdienstlager zu errichten, so darf man nicht darauf bauen, da der Leiter der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung jetzt sehr weitgehende Vollmachten hat und die hier geleistete Arbeit mit einem Male zunichte machen kann.

Es wäre natürlich dumm, wenn z. B. die arbeitslosen Mitglieder eines Arbeitersportvereins sich nicht zu einem Arbeitsdienstlager zusammenschließen würden, um für ihre Organisationen auf diese Weise mit staatlicher Hilfe einen neuen Sportplatz zu bauen. Ähnliche Fälle beweisen aber noch nicht, daß man nicht gerade als Sozialist grundsätzlich gegen die Arbeitsdienstpflicht sein muß.

Die entscheidende Frage lautet nämlich nicht: Ist es nicht vernünftiger, die Arbeitslosen der Arbeitsdienstpflicht zu unterwerfen als sie verhungern zu lassen? sondern: Ist es nicht vernünftiger, für eine gerechte Ordnung in der Welt zu kämpfen als den Militaristen Vorspanndienste zu leisten?

Die Erwerbslosen-Demonstrationen in Düren wurden am Donnerstag in verstärktem Umfang fortgesetzt. An den Kundgebungen nahmen auch Nationalsozialisten teil. Am Nachmittag demonstrierten etwa 1000 bis 1200 Erwerbslose vor einer Auszahlungsstelle. Der Oberbürgermeister sagte einer Abordnung der Erwerbslosen zu, sich bei den zuständigen Regierungsstellen

für die Aufhebung der Kürzung der Unterstützungssätze verwenden zu wollen. Die Polizeiposten wurden verstärkt und die Straße wiederholt mit dem Gummiknüppel geräumt.

Anhalt flaggt doch!

Wenn auch nur aus Furcht vor „Weiterungen“.

Die Nazi-Regierung in Anhalt hatte sich geweigert, einer Anregung zu folgen, Schulfestern zum 85. Geburtstag des Reichspräsidenten zu veranstalten und die öffentlichen Gebäude zu flaggen. Jetzt läßt das anhaltische Staatsministerium eine Mitteilung verbreiten, in der es heißt:

„Da jedoch die Möglichkeit besteht, daß diese Stellungnahme zu Weiterungen gegenüber dem Lande Anhalt führen könnte, hat der anhaltische Ministerpräsident sich entschlossen, um Auswirkungen zu Ungunsten des Landes zu verhüten, dem Wunsche der Reichsregierung Rechnung zu tragen.“

Immerhin werkwürdig, diese Angst vor der Reichsregierung! Oder hat Herr von G a y l etwa gedroht, das Land Anhalt „mit Hilfe der bewaffneten Macht“ zu Geburtstagsfestern für Hindenburg anzuhalten? Es wäre nützlich zu erfahren, welche „Weiterungen“ die Nazi-Regierung von Anhalt fürchtet.

Sozialdemokratische Sabotage in der Arbeiterbewegung.

W. H. In einer Funktionärversammlung des ADGB, Afa und ADB Bremen sprach Toni Sender über: Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Auswirkungen der Papen-Notverordnungen auf die Arbeitnehmerschaft.

Als neue Erkenntnis wurde von ihr aufgeführt, daß Papen darum die Macht ergreifen konnte, weil er die Kommandohöhen der Wirtschaft hinter sich hat. Der neue Weg der Gewerkschaften heißt darum: Der Kampf um die Demokratie muß geführt werden als Kampf um den Sozialismus; der Sozialismus ist zu einer Gegenwartsaufgabe geworden. — Und der Weg, diese Gegenwartsaufgabe zu vollbringen? Die antikapitalistisch eingestellten Massen müssen gewonnen, das von der Sozialdemokratischen Partei eingeleitete Volksbegehrentätigkeitsprogramm und der Bruderkrieg eingestellt werden.

Kein Wort leider darüber, wie die Gewerkschaften sich gegen ein drohendes Streikverbot wehren sollen. Toni Sender erklärte nur: Die Papen-Regierung wird es nicht wagen, ein Streikverbot durchzuführen.

Eine Diskussion wird abgewürgt, um — wie der Versammlungsleiter sagt — das intuitive Referat von Toni Sender nicht zu vermissen.

Dann wird von der Leitung des Ortskartells der freien Gewerkschaften eine Entschliebung eingebracht, die nach der Rede von Toni Sender, die wenigstens noch für die Einstellung des Bruderkrieges innerhalb der Arbeiterschaft eintrat, nicht anders als eine ungeheuerliche Provokation zu bezeichnen ist: Die Kommunisten werden darin als Helfershelfer der Reaktion mit den Nazis auf eine Stufe gestellt, und zum Schluß zur Werbung für die SPD und zu ihrer Wahl am 6. November aufgefordert. Eine solche Sabotage des gewerkschaftlichen Kampfes durch sozialdemokratische Stimmenfänger sollte sich die Kollegenschaft verbitten. Raus mit solchen Gesellen aus der Gewerkschaft, die den Mund nicht aufmachen können, ohne von der (bankrotten und blamierten) SPD zu reden. Der Brief Leiparts, den die SP-Pressen nicht bringt, zeigt, daß diese Methoden von der Leitung selber nicht gebilligt werden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

Deutlich zeigte sich in der Versammlung die völlige Isolierung der KP. Nur wenige Stimmen des Protestes wurden laut.

Kein Zusammenschluß der bürgerlichen Mitte.

Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien, die den Nazi-Sturm bis jetzt überlebt haben (DNVP, DVP, Christlich-sozialer Volksdienst, Staatspartei, Landvolk und Wirtschaftspartei) über einen Zusammenschluß für die Reichstagswahl, sind gescheitert.

Tumult in der Stadtverordnetenversammlung gab es in Detmold bei einer Ersatzwahl für drei zurückgetretene nationalsozialistische Stadträte. Der Nazi-Stadtverordnete Aretz rief seinen bürgerlichen Kollegen zu: „So eine Schweinerei, Bürgerlicher Misthaufen. Das ist ein ganz gemeines bürgerliches Pack.“ An dem Tumult beteiligten sich auch die Zuhörer. Der Oberbürgermeister ließ den Zuhörerraum durch Polizei räumen.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Erstklassige Maßbarbell
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr. 10, III.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzels. d. Inserates 5% Rabatt!
Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolauerberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werb! Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 26, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelr. F 1 Moritzplatz 5471

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet,“
senden Sie bitte 50 Flaschen.“
So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!
Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.
Ab 27. Sept.: Deschamps: **Der Tugendkönig**
Chaplins Traum
Micky Maus: Der kleine Faun
Lupino Lane — Grotteske
Paris (Uraufführung)
Anfangszeit: 17. 18.30 u. 20.48 Uhr

Soeben erschien in neuer Ausstattung:
Philosophen für und wider die Revolution.
Von **HELLMUTH FALKENFELD.**
72 Seiten. Kartonierte 0,60 M.
Inhalt:
I. Die Philosophen der französischen Revolution
II. Immanuel Kant
III. Johann Gottlieb Fichte
IV. Jakob Friedrich Fries
V. Hegel
VI. Marx
VII. Stirner
VIII. Tolstol.
IX. Nietzsche
X. Popper-Lynkeus
XI. Leonard Nelson.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Die politische Fieberkurve. Der Kampf um die Verteidigung der Zeugen.

Die Zahl der politischen Todesopfer geht zurück.

In der Zeit vom 1. Januar bis 23. September wurden in Preußen

155 Menschen im politischen Kampf getötet.

Im Juni forderten die politischen Ausschreitungen 19, im Juli 86 Todesopfer. Im August trat durch verschärftes polizeiliches Vorgehen und eine Erhöhung der richterlichen Strafen ein merkbarer Rückgang der von den Nazis eingeführten politischen Gewaltakte ein, der sich auch im September zunächst noch fortgesetzt hat.

Die Telegraphen-Union möchte den Rückgang der politischen Todesopfer im letzten Drittel des Juli mit der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen in Verbindung bringen. Tatsächlich sind aber in der Zeit vom 21. bis 30. Juli trotz der Androhung schärfster Strafen immer noch 23 Todesfälle infolge politischer Gewalttaten zu verzeichnen. Die Kurve sinkt erst mit dem Tage des Inkrafttretens der Todes- und Zuchthausstrafenverordnung und näherte sich Ende August und im September dem Nullpunkt.

Vielleicht hing das aber auch noch mit der Beurlaubung der SA und SS des Herrn Hitler zusammen. Denn seit die braune Bürgerkriegsarmee ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, mehren sich die Meldungen über politische Zusammenstöße aus allen Teilen des Reiches.

Die Nazis auf dem Kriegspfad.

In Stettin störten Nationalsozialisten eine deutschnationale Wahlversammlung und verließen schließlich auf Aufforderung ihres Kreisführers, nachdem sie vorher das Horst-Wessel-Lied abgesungen hatten, geschlossen die Versammlung. Die Deutschnationalen antworteten mit dem Deutschlandlied.

In Berlin versuchten am Freitagabend zahlreiche Nationalsozialisten eine öffentliche deutschnationale Versammlung in der Schönhauser Allee durch Zwischenrufe und Lärm zu stören. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und die Ruhestörer aus dem Saal entfernen. Dabei machten die Beamten auch vom Gummiknüppel Gebrauch. Nach Wiederherstellung der Ruhe konnte die Versammlung ihren Fortgang nehmen.

Am Freitagabend wurde der 33 Jahre alte Arbeiter Richard Friedrich in Berlin an der Ecke der Linien- und Hankestraße von Nationalsozialisten überfallen, zu Boden geworfen und mit Messern bearbeitet. Er trug schwere Verletzungen, vor allem am Kopf, davon und mußte dem Krankenhaus am Friedrichshain zugeführt werden. Er ist noch nicht vernehmungsfähig. Das herbeigerufene Ueberfallkommando nahm 26 Nationalsozialisten fest, die sich in der Nähe aufhielten und verdächtig sind, an dem Ueberfall beteiligt gewesen zu sein. Sie wurden der Abteilung I zugeführt.

Die Ringvereine können es auch.

Am Donnerstag fand in Berlin eine Schießerei zwischen Mitgliedern des Ringvereins „Atlantik“ und des Ringvereins „Niedlich“ statt. Sechs Mitglieder des Ringvereins „Atlantik“ wurden verhaftet und haben eine Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs zu erwarten.

In der Nacht zum Sonnabend führen gegen Mitternacht mehrere vollbesetzte Autos mit Mitgliedern eines Ringvereins vor dem Lokal Ringbahnstraße 62 vor. Die Insassen stürzten hinein und stürzten sich auf die anwesenden Gäste, anscheinend Mitglieder eines anderen Ringvereins. Im Nu wurde bei der allgemeinen Schlägerei die Einrichtung zerstört. Als wenige Minuten später Feuerwehr und Polizei eintrafen, waren die Angreifer in ihren Autos bereits verschwunden. Im Lokal lagen mit schweren Kopfverletzungen der Lokalbesitzer Otto Krebs und drei seiner Gäste. Ein Beil, mit dem die Lokaleinrichtung zerschlagen worden war, hatten die flüchtenden Ringbrüder zurückgelassen. Die vier Verletzten wurden auf dem Wagen der Feuerwehr in das St. Josephs-Krankenhaus gebracht.

Neues aus der Naturwissenschaft.

1. Entstehung von Kohle und Erdöl.

Bg. Die Steinkohle ist bekanntlich hauptsächlich aus Pflanzenresten entstanden, und zwar aus den widerstandsfähigeren Teilen der Pflanzen, also der Zellulose und noch mehr, wie neuere Forschungen lehren, aus der Holzsubstanz. Die Beschaffenheit der einzelnen Kohlenarten hängt weitgehend davon ab, in welchem Maße neben der Holzsubstanz auch die Zellulose und andere Pflanzenbestandteile oder auch tierische Reste an der Entstehung der Kohle mitgewirkt haben.

Schwieriger ist die Erklärung der Erdöilentstehung. Die ursprüngliche Auffassung, daß die Erdöle nur aus Gestein, also nicht aus tierischen und pflanzlichen Resten entstanden sind, hat man aufgeben müssen. Aber auch die Theorie der Entstehung aus tierischen Resten, namentlich aus Seetieren, wurde preisgegeben. Bleiben also auch hier nur die Pflanzen mit ihren verschiedenenartigen Bestandteilen, wie Zellulose, Stärke, Zucker, Harze u. s. w. Am wichtigsten ist die Zellulose. Nun kann aber aus der Zellulose, ebenso wie aus der Holzsubstanz auch Kohle entstehen; es müssen also besondere Bedingungen sein, die es bestimmen, ob aus der Zellulose kohleartige Stoffe oder Erdöle entstehen. Und zwar ist hier die Anwesenheit von Alkali (Lauge) bei der Umwandlung der Pflanzenreste entscheidend. Die Gegenwart von Lauge (z. B. in der Nähe von Kalkstein- und Dolomitgebirge) bedingt nämlich die Entstehung von Erdöl und gleichzeitig auch die Entstehung von Asphalt. Dabei ist allerdings noch wichtig, daß die schon in der Umwandlung begriffenen Pflanzenreste durch geologische Senkungen in Erdschichten mit höherer Temperatur gelangen. Ebenso wie die Verschiedenheit der Kohlenarten erklärt sich auch die Verschiedenheit der Oelarten aus Unterschieden in der Zusammensetzung der Ausgangsstoffe.

2. Fortschritte in der Verarbeitung des Erdöls.

Mehr und mehr wird die Kohle durch das Oel ersetzt. So verstehen wir, warum die technisch angewandte Chemie sich immer intensiver bemüht, die geeigneten Oelverarbeitungsmethoden ausfindig zu machen.

Vom Berliner Kommunistenprozeß.

J. Ph. Am Freitag wurden nur wenige Zeugen verhört. Pfarrer Hoff (NS) will gesehen haben, wie nach der Schießerei Kommunisten in einen Baugraben blinkende Gegenstände warfen, die nachher von Radlorn fortgeschafft worden seien. Ein Kommunist (!) habe mit einer Waffe vor seinem Hause gestanden. Unter den Angeklagten erkennt er keinen als Beteiligten.

Frau Seidol hat, wie auch der Zeuge Hesse, nach der Schießerei zwei junge Leute durchs Hoffenster des SA-Lokals entweichen sehen. Fräulein Krüger erklärt, ähnlich wie der Zeuge Rektor Köppen, daß vor der Röntgenstraße 13 und 14, also neben dem SA-Lokal, gleich im Anfang der Schießerei gestanden und nach der gegenüberliegenden Straßenseite auf drei Flüchtende geschossen haben. Die beiden Schützen will sie später zum anderen Straßende flüchtend gesehen haben.

Der größte Teil der Verhandlung dieses Tages war der Frage der Verteidigung mehrerer Zeugen gewidmet.

Der Staatsanwalt forderte Nichtverteidigung aller kommunistischen Zeugen und der Frau Gericke, aber Verteidigung aller nationalsozialistischen Zeugen, eine unerhörte Forderung, die Rosenfeld, einer der Verteidiger der Angeklagten, aus dem Vorurteil erklärte, mit dem der Staatsanwalt von vornherein an die Schuldfrage herangegangen sei. Daß dieser von den Verteidigern der NS-Nebenkläger unterstützt wurde, versteht sich von selbst.

Litten begründete seine Forderung, daß eine ganze Reihe seiner Zeugen als Unbeteiligte verteidigt werden müßten, dagegen mehrere NS-Zeugen belastet seien. Vor allem belastete er stark den verwundeten Zeugen Kwiatkowski. Er verlas eine protokollierte Aussage eines Mannes, der zwischen Kwiatkowski und dem anderen Verletzten im Krankenhaus gelegen, mit ihnen gesprochen, ihre Gespräche mit besuchenden NS mitangehört hat. Danach soll Kwiatkowski u. a. gesagt haben: „Wenn bloß niemand sagt, daß wir Posten gestanden haben“, und zu einem Kameraden: „Wenn du Affe nicht zu früh geschossen hättest, wäre das alles nicht passiert“. Diese Äußerung stützt Littens Behauptung, daß die drei angeschossenen NS, die den nahenden Kommunisten entgegengegangen seien, nicht rechtzeitig vor Abgabe der ersten ernsthaften Schüsse von vor und neben dem SA-Lokal auf der Schußlinie gegangen und so von ihren eigenen Kameraden getroffen worden seien. Die Gegenseite hielt diese Möglichkeit für „undenkbar“, und deshalb beschuldigt sie Kommunisten der Tat. Das Gericht nahm Littens Antrag an, die in dem Protokoll benannten Zeugen zu laden.

Nazi schießt einen Kommunisten nieder.

Eine ungewöhnliche Rohheit.

Am Freitag nachmittag gab der 18jährige Nationalsozialist Heinz Schüler in der Hermannstraße in Neukölln nach einem erregten Wortwechsel mehrere Schüsse auf den 23jährigen Kommunisten Willi Faltin ab. Faltin erhielt einen Schuß in die Lunge, eine andere Kugel durchbohrte den Unterleib, und eine dritte blieb im Oberschenkel stecken.

Ein Passant, der ahnungslos die Straße kreuzte, wurde durch eine Kugel am Kiefer verletzt.

Der Schütze ergriff die Flucht, konnte aber von Polizeibeamten und Passanten nach einer ziemlich aufregenden Jagd gestellt werden. Das Publikum machte Miene, den Schießgesellen zu lynchen. Der angeschossene Kommunist liegt ziemlich hoffnungslos im Krankenhaus.

Die Zusammensetzung des Erdöls ist an den einzelnen Fundstellen verschieden. Beispielsweise ist das pennsylvanische Erdöl eine dünne und leichte Flüssigkeit, die hauptsächlich Paraffine enthält. Das in Baku (am Kaspischen Meer) gefundene Oel ist wesentlich schwerer und enthält andere Bestandteile.

Das gewonnene Oel wird in seine wichtigsten Bestandteile zerlegt, in Rohbenzin, Leuchtpetroleum, Gasöl (Preißöl) und in ein Gemisch von Schmieröl und Paraffin. Diese Bestandteile unterscheiden sich hauptsächlich durch ihren Siedepunkt.

Die Vorzüge des Oels gegenüber der Kohle haben zu den Versuchen einer „Verflüssigung der Kohle“ geführt: Bei einer Temperatur von 450 Grad und einem Druck von 160 bis 200 Atmosphären wird an die Bestandteile von Steinkohle, Braunkohle, Torf oder Asphalt Wasserstoff angelagert (es wird „hydriert“); so entstehen aus den Ausgangsstoffen Oele. Dies Verfahren nennt man nach Bergius das Berginverfahren.

Will man das Erdöl, das ja sehr verschiedene Bestandteile enthält, gut ausnutzen, so muß man darauf bedacht sein, möglichst viele Benzine zu gewinnen, weil diese gegenwärtig vorzugsweise benutzt werden. Da der Benzinanteil im Rohöl aber nicht besonders hoch ist, werden auch die anderen Bestandteile in Benzine umgewandelt; dies geschieht durch langsame Destillation bei hoher Temperatur („Crackingprozeß“).

Ein anderes Verfahren der Erdölverarbeitung ist in neuester Zeit in Amerika von der „Standard Oil Company“ ausgebaut worden. Und zwar handelt es sich dabei um eine Hydrierung (Wasserstoffanlagerung) der im Rohöl vorgefundenen Bestandteile, ein chemischer Prozeß also, der sich etwa mit der genannten Behandlung der Kohle im Berginverfahren vergleichen läßt. Die Hydrierung des Oels liefert Erzeugnisse wie Gasöl, Benzin, Dieselöl zu einem Preis, der nicht höher ist als bei den nach älteren Verfahren hergestellten Produkten.

Die Standard Oil Company hat durch ihr Hydrierungsverfahren vor allem ein neues Motoröl unter dem Namen „Essolube“ auf den Markt bringen können. Es soll sich hierbei um ein ideales Oel handeln. Außerdem wurden auf ähnliche Weise mehrere technisch wichtige Produkte und auch Spezialtreibstoffe für Flugzeuge und Motorboote gewonnen.

Die Standard Oil Company will das oben genannte Crackingverfahren allmählich durch das Hydrierverfahren ersetzen.

Ein eigenartiger Rechtsanwalt.

In der Sonnabendssitzung wurde Litten über seine Unterhaltungen mit den Zeugen vernommen. Die Aussage ergab, daß er sich dabei selbstverständlich im Rahmen des Erlaubten, ja Gebotenen gehalten hat, indem er sie angehalten hat, vor Gericht die Wahrheit zu sagen.

Das tollste Stück leistete sich dann der Nazianwalt Ohland, der beantragte, Litten nicht zu verteidigen, da er die Zeugen zum Meineid verleitet hätte, was aus Versammlungsreden Littens hervorgehen sollte.

Rosenfeld stellte daraufhin die Rolle Ohlands eindeutig dar, der einen Kollegen vor die Schranken des Gerichts bringt, um ihn über seine Amtstätigkeit ausfragen zu lassen, und der ihn dann noch von der Verteidigung (und also auch von der Verteidigung!) ausschließen möchte.

Kuriosa aus dem Prozeß.

Mit vieler Mühe fragte Litten folgende Schilderung eines „Sturmabends“ aus dem Zeugen Hamm (NS) heraus:

„Wir waren in den „Hohenzollernsälen“ versammelt. Was da gemacht wurde? Nichts! Anfangs abgezählt; aber wieviel da waren, wurde nicht gesagt. Den Leiter des Abends kenne ich nicht. Eine Rede wurde nicht gehalten; in Gruppen haben wir uns auch nicht unterhalten. Wir standen in drei Reihen, nur vorne haben 4 Mann miteinander gesprochen; aber davon habe ich nichts gehört.“ Sehr verdächtig! Aber wenn's wahr ist, kann man nur lachend mit Litten sagen: „Und das nennt sich Sturmabend!“

Kurz vor der Schießerei kam eine Schülerin in das Haus, in dem sich das SA-Lokal befindet. Als sie die Haustür aufschloß, rief eine Stimme von drinnen:

„Machen Sie schnell! Die Säue schießen gleich!“

Der Sprecher nahm also an, daß das SA-Lokal bald von Kommunisten beschossen werden würde. Da er sie „Säue“ nannte, war es sicher ein SA-Mann. Nun stützt der Staatsanwalt seine Anklage auf die kühne Behauptung, in dem Hausflur hätten Kommunisten gestanden, die mit den herannahenden Genossen einen gemeinsamen Ueberfall auf das SA-Lokal geplant hätten. Dann hätte also ein Kommunist seine eigenen Genossen als „Säue“ bezeichnet. Was blieb Herrn Ohland, Verteidiger der NS-Nebenkläger, anderes übrig, als zur Erklärung dieser merkwürdigen Behauptung unter allgemeiner Heiterkeit folgendes zu sagen: „Säue“ wäre hier wohl als „liebvolle Bezeichnung“ unter Genossen gebraucht worden.

„Die Rote Fahne“ ist heute erstmalig wieder nach einem Verbot von drei Wochen erschienen.

Der Nazi-Schütze will in Notwehr gehandelt haben, was jedoch von den Anwesenden als ausgeschlossen bezeichnet wurde. Er wurde der politischen Polizei des Polizeipräsidiums übergeben.

Schweres Zuchthausurteil für Kommunisten.

In einem Prozeß gegen den Kommunisten Oswald Höppner, dessen Bruder Höppner und Kurt Klein vor dem Hamburger Schwurgericht

wegen Tötung des Polizeiwachmeisters Klüver wurde am Freitag nach mehrtägiger Verhandlung der Hauptangeklagte Oswald Höppner zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Joh. Höppner und Klein erhielten je ein Jahr Gefängnis wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz.

Die Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstags ist auf Grund eines Vertagungbeschlusses des Volkstags bis Mitte Oktober vertagt worden.

und zwar nicht zuletzt darum, weil man mit dem neuen Verfahren aus den verschiedensten Ausgangsstoffen (alle Erdölarten, Kohle, Braunkohle, Kohlentee u. s. w.) das jeweils gewünschte Produkt verhältnismäßig leicht und mit großer Ausbeute herstellen kann.

3. Aelteste Menschheit in Ostafrika.

Im Jahre 1913 brachte Reck aus dem damaligen Deutsch-Ostafrika das Skelett eines Mannes einer ausgestorbenen Menschenrasse nach Deutschland. Das Skelett wurde in einer sehr alten geologischen Schicht gefunden, zeigte aber erstaunlicherweise schon eine recht hohe Entwicklung. Gerade darum zweifelte man daran, ob das Skelett wirklich in die Schicht gehörte, in der es gefunden wurde, oder ob es nicht vielmehr durch die Bestattung in eine tiefere Erdschicht gesenkt worden sei. Neuere Untersuchungen an der Fundstelle lehrten aber, daß hier wirklich eine sehr alte Menschheitskultur vorliegt. Die Untersuchung der einzelnen Schichten konnte sogar vollkommener als an allen anderen bisher bekannten Fundstellen die allmähliche Entwicklung der Kultur aufdecken, so vor allem die allmähliche Verbesserung der primitiven Steinwerkzeuge. Die Untersuchung der lückenlos aufgedeckten Kulturentwicklung spricht dafür, daß dort im Innern Afrikas wirklich einer der Orte der Menschheitsentstehung zu suchen ist, während die europäische Urbevölkerung wohl aus Asien zugewandert ist.

4. Neue Entdeckungen

zur Entwicklungsgeschichte der Tiere.

Die große dänische Ostgrönland-Expedition ist am Sonntag, dem 18. September, von ihrer Fahrt zurückgekehrt. Etwa 20 Mann sind in Ostgrönland geblieben, um dort zu überwintern und weitere wissenschaftliche Studien zu treiben. Der Leiter der Expedition, Dr. Koch, berichtete, das größte Ereignis seiner Expedition sei gewesen, daß er im Franz-Joseph-Fjord Versteinerungen von einem vierbeinigen Fisch gefunden habe. Es handle sich offenbar um jene

Zwischenstufe zwischen Fisch und Kröte, die man bisher vergeblich gesucht habe. Der ersten derartigen Fund habe er bereits im vorigen Jahr gemacht, in diesem Jahr habe er weiteres Material gefunden. In kurzer Zeit solle eine Arbeit hierüber erscheinen, die neue wichtige Tatsachen für die Entwicklungsforschung mitteilen werde.

Deutsche Agrarpolitik gegen die Bauern.

Was bedeuten die landwirtschaftlichen Kontingente?

Noch ist nicht bekannt, wie stark die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte kontingentiert (eingeschränkt) werden soll. Die Reichsregierung will mit den betroffenen Ländern vorher Fühlung nehmen. Eigentliche Verhandlungen, bei denen die anderen Länder etwa nein sagen könnten, sind offenbar nicht geplant. Die Regierung will jedoch den Versuch machen, ihre Ankündigungen über Einfuhrkontingentierungen in die Tat umzusetzen, ohne die bisherigen Lieferländer, die ja gleichzeitig wichtige Kunden deutscher Industriewaren sind, allzu sehr zu verärgern.

Wir geben hier zunächst eine Liste über die Deutsche Einfuhr der Waren, für die Kontingente geplant sind.

Warenarten	1931		Jan.—Juli 1931		Jan.—Juli 1932	
	in 1000 dz	in Mill. M.	in 1000 dz	in Mill. M.	in 1000 dz	in Mill. M.
Gemüse	3 819,8	88,4	2 952,6	74,1	2 709,9	50,0
Tomaten	746,8	23,5	497,7	18,2	404,2	12,5
Zwiebeln	440,5	6,2	379,0	5,4	556,1	9,1
Schnittblumen	250,9	9,3	19,1	7,2	17,6	4,9
Tafeltrauben	688,6	21,7	8,8	0,8	7,1	0,4
Obst	4 010,7	162,9	1 662,0	87,2	1 080,4	43,2
Papierholz	14 591,6	44,4	6 622,9	20,8	5 100,9	11,6
Nadelholz	5 910,4	55,4	3 419,5	35,4	2 284,0	15,5
Schlachtvieh	757,2	17,9	58,1	14,0	43,7	6,6
Schmalz	832,1	76,8	504,7	49,9	636,3	39,6
Speck	149,1	12,7	67,8	5,3	124,3	7,0
Butter	1 002,2	219,8	555,8	131,4	392,4	64,6
Erbsen	10,8	0,3	9,9	0,2	6,0	0,1
Reisabfälle	893,0	6,8	406,6	3,3	751,8	5,6
Käse	546,1	62,6	318,3	39,7	264,7	23,3
Zusammen	33 747,8	808,7	17 493,8	492,9	14 379,4	294,0

Von den ersten sieben Monaten 1931 zu den ersten sieben Monaten 1932 ist die Einfuhr wertmäßig um 40 Prozent gesunken. Der Mengenrückgang ist wegen der gleichzeitigen Preissenkungen kleiner; er beträgt aber immerhin 18 Prozent. Wie die vorstehende Tabelle zeigt, sind die mengenmäßigen Rückgänge bei einigen Produkten sehr erheblich. Die Einfuhr von Obst, die sich wertmäßig halbiert hat, ist mengenmäßig um 36 Prozent zurückgegangen. Mengenmäßig zugenommen hat lediglich die Einfuhr von Zwiebeln, von Schmalz und Speck, ferner von Reisabfällen. Die Mehreinfuhr von Schmalz und Speck wird zum Teil durch Mindereinfuhr von Butter ausgeglichen; der Einfuhrwert dieser drei Fettarten ist insgesamt um 186 auf 111 Millionen Mark zurückgegangen. Bei der Mehreinfuhr von Reisabfällen, die übrigens inzwischen bereits durch Vereinbarungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Geflügelfutterfirmen gedrosselt worden ist, handelte es sich offenbar um den wohlverstandenen Versuch, aus teureren in billige Futtermittel auszuweichen.

Insgesamt ist jedenfalls die Einfuhr an denjenigen Produkten, die jetzt einer Kontingentierung unterworfen werden sollen, schon vor der Kontingentierung erheblich gesunken.

Ob es wirklich zu einer 30- bis 40prozentigen Einschränkung dieser Einfuhr kommt, wie man vorläufig behauptet hat, steht noch dahin. Angenommen jedoch, daß diese Einschränkung in den letzten drei Monaten des Jahres wirksam werden würde, so käme für diesen Zeitraum eine Einfuhrminderung von voraussichtlich 50 Millionen Mark zu stande. Nach Ablauf dieses Jahres würde nach dem vorläufigen Plan eine Neufestsetzung der Kontingente in Frage kommen.

Was steht auf dem Spiel?

Die Einfuhrkontingentierungen richten sich vor allem gegen solche Länder, die außerordentlich gute Kunden Deutschlands sind, die von Deutschland wesentlich mehr kaufen, als sie dorthin verkaufen. Das zeigt die folgende Tabelle:

Wer sind die Kunden der deutschen Landwirte?

Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ kürzlich (in Nr. 426, vom 8. September) die folgende Statistik:

Absatz der Landwirtschaft (in Milliarden Mark):

	1924/25	1930/31	1931/32	Rückgang gegen Vorjahr in Prozenten
Industrie-Bevölkerung	3,59	4,34	3,50	19,4
Handel und Verkehr	1,49	1,72	1,56	9,4
Beamte und sonstige Berufe	1,56	1,88	1,78	5,3
Eigenverbrauch d. Landwirte	2,58	2,86	2,70	5,9
Ausfuhr	0,24	0,24	0,22	8,3
Insgesamt	9,46	11,04	9,76	11,6

Die Industrie-Bevölkerung ist der wichtigste Kunde der deutschen Landwirte. Sie nahm 1930/31 noch 39,3 Prozent, im folgenden Jahr nur noch 35,8 Prozent der deutschen landwirtschaftlichen Produktion auf. Insgesamt hat sich während der Krise im Absatz eine Verschiebung nach den festbesoldeten Bevölkerungsgruppen hin bemerkbar gemacht. Es flossen von der Gesamtproduktion (in Prozenten der Gesamtproduktion) an:

	1924/25	1930/31	1931/32
Industrie-Bevölkerung	37,9	39,3	35,8
Handel und Verkehr	15,8	15,6	16,0
Beamte und sonstige Berufe	18,5	17,0	18,2
Eigenverbrauch der Landwirte	27,3	25,9	27,7
Ausfuhr	2,5	2,2	2,3

Durch nichts können die Landwirte sich also mehr in eigene Fleisch schneiden als durch Maßnahmen, die der Industriebevölkerung Kaufkraft nehmen. Die Landwirte sind aber auch in dieser Beziehung keine einheitliche Gruppe. Wir müssen auch hier einen Unterschied machen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern.

Die Großgrundbesitzer liefern auf den Markt in erster Linie Getreide. Der Brotkonsum wird in Deutschland, wenn die Massenkaufkraft weiter beschnitten wird, zu-

Deutschlands Außenhandel mit den am meisten von der Kontingentierung betroffenen Ländern (in Millionen Mark):

	1930			1931			1. Halbjahr 1932		
	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Saldo	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Saldo	Einfuhr aus	Ausfuhr nach	Saldo
Niederlande	561	1206	645	384	955	571	141	321	180
Dänemark	297	477	180	183	370	187	63	91	28
Italien	365	484	119	268	341	73	78	113	35
Frankreich	519	1149	630	342	834	492	98	265	167
Finnland	85	138	53	43	91	48	11	21	10
Insgesamt	1827	3454	1627	1220	2391	1371	391	811	420

Deutschland hatte nach den hier angeführten Ländern einen Ausfuhrüberschuß von
1 627 Millionen Mark im Jahre 1930,
1 571 Millionen Mark im Jahre 1931,
420 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932.

Der im ersten Halbjahr 1932 insgesamt erzielte deutsche Ausfuhrüberschuß beträgt 602 Millionen Mark. Stark zwei Drittel davon wurden erzielt im Handel mit den Ländern, die jetzt durch Einfuhrkontingente vorärgert werden! Da Deutschland zur Bezahlung seiner Auslandsverpflichtungen auf die Erzielung eines Ausfuhrüberschusses angewiesen ist, ist das Spiel gefährlich, das hier getrieben wird.

Und dabei ist es für alle, die nicht nur billige Agitationsphrasen wiederkauen, sicher, daß die Kontingentierungen den deutschen Bauern, wenn überhaupt, so nur sehr wenig helfen können. Denn die Preise ihrer Produkte sind in erster Linie abhängig von der Kaufkraft der Industriebevölkerung. — Die Kontingentierung der Einfuhr bäuerlicher Produkte wurde den Bauern aber von den Landbund-Agitatoren so lange versprochen, daß die dem Landbund ja besonders nahe stehende Regierung Papen nicht gut anders konnte, als dieses Versprechen einzulösen.

Die Großgrundbesitzer erhalten Unterstützungen, von denen sie wirklich etwas haben.

Die Hochhaltung des Getreidepreises bewahrt sie vor dem Bankrott, der sonst kaum abwendbar wäre.

Die Bauern erhalten Unterstützungen, von denen sie un-mittelbar so gut wie nichts haben

und die noch dazu mittelbar — infolge Schädigung der Exportindustrien — ihre Abnehmer in der Stadt weniger kaufkräftig machen.

So sehen die Taten der Regierung Papen aus, die den Mund voll nimmt, wenn sie den Bauern ihre Freundschaft beteuert. Im Grunde steht sie vor den Bauern nach wie vor mit leeren Händen. Alles, was sie in dieser Krisenzeit geben kann, hat sie den Junkern gegeben und gibt sie weiterhin den Junkern. Und auch heute noch gilt wie vor Jahrhunderten: Was den Junkern gegeben wird, wird den Bauern genommen.

H. H.

Agrarpolitische Fehler, dargestellt von Reichswirtschaftsminister Warmbold.

„Die Freiheit, zu wählen zwischen Selbstgenügsamkeit und Verflechtung in die Weltwirtschaft, haben wir bereits vor etwa fünfzig Jahren aufgegeben. Die Wirtschaftspolitik hat sich bereits damals entschlossen, den Bevölkerungsüberschuß, der für das Inland nicht beschäftigt werden konnte, zwar im Inland zu behalten, aber für das Ausland arbeiten zu lassen. Diese seither eingetretene Entwicklung kann nicht ohne großen Schaden rückgängig gemacht werden. Ein Bruch mit den großen Linien der seit jenen Zeiten betriebenen Wirtschaftspolitik würde nichts anderes als eine weitere Vermehrung und Verewigung der großen Arbeitslosigkeit bedeuten.“

„Jede neue Absperrungsmaßnahme in der Welt bringt für die zahlungspflichtigen Völker neue Schwierigkeiten und zwingt sie zur Verschärfung ihrer Devisenbewirtschaftung — und wiederum stellt eine solche Verschärfung der Devisenbewirtschaftung eine neues Hemmnis für den internationalen Warenaustausch dar. Unser deutsches Interesse liegt eindeutig in der Richtung, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzukehren.“

(Am 27. September in Köln bei einer Einweihungsfeier der neuerbauten Industrie- und Handelskammer.)

nächst — ehe die Verelendung nicht noch wesentlich weiter fortgeschritten ist — nicht zurückgehen.

Ganz anders geht es den Bauern und Gärtnern. Der Absatz ihrer Hauptprodukte (Fleisch, Milch, Milchprodukte, Eier, Obst und Gemüse) leidet außerordentlich unter Verringerungen der Massenkaufkraft. Entweder geht der Konsum mengenmäßig zurück, oder der Preis fällt, oder beides tritt gleichzeitig ein. Wir erinnern beispielsweise an folgendes: Die Erlöse der deutschen Landwirtschaft aus dem Milchverkauf sind von 1928/29 bis 1931/32 um 26 Prozent gesunken, während gleichzeitig die verkaufte Menge um 7 Prozent gestiegen ist. Im Juni 1932 war in Deutschland der Frischmilchverbrauch trotz steigender Milchlieferung um 16 Prozent kleiner als ein Jahr zuvor, der Absatz an Flaschenmilch sogar um 30 Prozent. Der Preis von Rindern und Schweinen ist gegenüber den Zeiten guter Konjunktur halbiert oder mehr als halbiert.

Großgrundbesitzer und Bauern sind also sehr verschieden stark interessiert an der Erhaltung der Kaufkraft der Massen. Die Fortsetzung der großagrarisches Agrarpolitik wird Arbeiter und Bauern weiter schädigen. Wann finden sie sich endlich in einer Einheitsfront zur Abwehr gegen die Großagrarien?

H. H.

USA

Niedrige Steuereinnahmen: Das Aufkommen an indirekten Steuern ist bisher hinter dem Voranschlag um 58 Prozent zurückgeblieben. Das Schatzamt in Washington hatte die Steuereinnahmen viel zu hoch geschätzt; es war ausgegangen von der Wirtschaftstätigkeit im Frühjahr und hatte sehr kühn eine Wirtschaftsbelebung um 25 Prozent einkalkuliert!

Auch in den USA Stadtrandiedlungen! Als bemerkenswerte Entwicklung wird von einer amerikanischen Korrespondenz gemeldet, daß Familien aus den Städten in deren Umgebung ziehen, in Häuser mit etwas Grund und Boden, von dem sie einen Teil ihres Unterhalts gewinnen. Man will Finanzierungsmöglichkeiten für diese Bewegung finden.

1/4 Milliarde Mark Subventionen.

Die Preußenkasse soll in eine Reichsgenossenschaftskasse umgewandelt, und die landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen gelegentlich der Vereinigung der Spitzenverbände schon einmal 100 Millionen Mark geschenkt wurden, sollen abermals saniert werden. Wie macht man das?

Zunächst wird im Schutze einer breiten und schmutzigen Agitationswelle die öffentliche Meinung vorbereitet. Die Notwendigkeit der Sanierung ist geradezu begründet worden mit der Mißwirtschaft unter dem früheren Präsidenten der Preußenkasse, Klopffer, dem jetzt von Papen kaltgestellten preußischen Finanzminister. Die Mißwirtschaft des Herrn Klopffer bestand in den Augen gewisser Kreise vor allem darin, daß er das Füllhorn der Kredite über die Großgrundbesitzer nicht völlig nach deren Belieben ausschüttete.

Von den landwirtschaftlichen Forderungen, die bei der Preußenkasse mit etwa 670 Millionen Mark zu Buch stehen, wird mindestens ein Drittel als „eingefroren“ bezeichnet. Zum „Auftauen“ sind 200 bis 250 Millionen Mark erforderlich; davon soll nach dem bisher bekannt gewordenen Plan das Reich etwa 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen, während vom Eigenkapital der Preußenkasse 40 Millionen Mark abgeschrieben werden sollen. Bezeichnend ist, daß offenbar nicht daran gedacht wird, die einzelnen Mitglieder der Genossenschaften entsprechend den Satzungen mit ihren Haftsummen in Anspruch nehmen.

Diese Sanierungsaktion ist vor allem erforderlich, um die „Osthilfe“ entsprechend den bekannten Plänen durchzuführen. Dort sollen bekanntlich die Gläubiger bis zu 50 Prozent auf ihre Forderungen verzichten. Unter den Gläubigern sind vielfach die örtlichen Genossenschaften. Wenn diese durch Verzicht auf Forderungen zur Entschuldigung der Großgrundbesitzer beitragen, so müßten sie die bei zwei, drei oder vier großen Schuldner einer Genossenschaft entstandenen Ausfälle durch einen Rückgriff auf die anderen Genossen ausgleichen. Das heißt also: Die Sanierung einiger Großgrundbesitzer würde weitere Betriebe sanierungsbedürftig machen.

Mit Rücksicht auf diese Lage in Ostelbien, die die Papen-Regierung ja bekanntlich mit Gewalt zu Gunsten der Großgrundbesitzer ändern will, ist eine Sanierung der Preußenkasse allerdings erforderlich. Die Regelung soll aber nicht auf die Osthilfegebiete beschränkt werden. Das Reich soll allgemein einspringen.

Mit welchen Mitteln? Abermals, wie in vielen anderen Fällen, mit Mitteln, die es nicht hat, aber in späteren Steuerjahren zu haben hofft! Vermutlich wird die Preußenkasse Reichsschatzscheine erhalten, die 1934/35 fällig sind. Also wieder ein Wechsel auf die Zukunft! Zur „Begründung“ des neuen Schrittes wird darauf hingewiesen, daß ja die Großbanken, die gewerblichen Genossenschaften und die Konsumgenossenschaften bereits entsprechende Mittel erhalten hätten.

Wenn man so mit einer Subvention stets die nächste begründet, so wird man um Gründe immer weniger verlegen sein! — Immer stärker und gewichtiger werden aber gleichzeitig die Gründe dafür, die Regierung Papen zum Teufel zu jagen und die durch hundertlei Subventionen immer wieder aufgerichteten Kapitalistengruppen endlich ihrem Schicksal zu überlassen.

Rpt.

Großzügiges Siedlungsprojekt.

Angeregt wohl durch die großartige Leistung, die die Holländer mit der Trockenlegung der Zuidersee vollbrachten, hat der Regierungsbaumeister Keiler ein ähnliches wenn auch wesentlich kleineres Projekt ausgearbeitet. Danach soll das Friche Haff, jenes Stück der Danziger Bucht, das durch einen langen schmalen Dünestreifen von der offenen See getrennt wird, trocken gelegt werden. Es handelt sich hier um eine Seefläche von etwa 77 000 Hektar, von der nach Abzug der Fläche zur Wege, Wasserstraßen u. s. w. etwa 65 000 Hektar nach der Trockenlegung landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden könnten.

Gegenüber der Trockenlegung der Zuidersee hat die Trockenlegung des Frischen Haffs noch verschiedene Vorteile: zunächst könnte der Bau eines Abschlusdammes weitgehend erspart werden, da der Dünestreifen diese Rolle spielen könnte, der das Haff von der See trennt. Außerdem ist angeblich der Boden besser und seine Entlungung unnötig, da das Haff nicht wie die Zuidersee ein Salzwassersee ist.

Die Trockenlegung würde insgesamt, einschließlich der Entschädigung der Fischer, 60 Millionen Mark kosten und etwa 7500 Erwerbslosen Arbeit auf 4 bis 10 Jahre geben. Insgesamt könnte Siedlungsland für etwa 40 bis 60 000 Menschen geschaffen werden. Dieses Projekt ist also wohl einer gründlichen Prüfung würdig!

H. Lm.

DEUTSCHLAND

Sinkender Postverkehr: Gegenüber dem Vorjahr ist 1931 der Telegrammverkehr um 20 Prozent, der Briefverkehr um 8 Prozent, die Zahl der Telefongespräche um 7 Prozent gesunken. Der Paket- und Wertverkehr hat sich um 11 Prozent vermindert. Die Umsätze im Postanweisungsverkehr und auf den Postcheckkonten haben sich um je 13 Prozent verringert. — Zugenommen hat die Zahl der Postcheckkonten um 2 Prozent, die der Rundfunkteilnehmer um 12 Prozent.

Reichspost noch Ueberschußbetrieb! Im Rechnungsjahr 1931 betragen die Betriebseinnahmen 1,0 Milliarden Mark, 197 Millionen Mark mehr als die Betriebe ausgaben. Zur Erfüllung des Ablieferungssolls an das Reich von 227 Millionen Mark (11,8 Prozent der reinen Betriebseinnahmen) wurden 90 Millionen Mark aus dem Vermögen entnommen.

Lebenshaltungskosten im September: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats September auf 119,5 gegenüber 120,3 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 0,7 Prozent.